

Vorzüge der Land- gegenüber der Stadtarbeit preist. Eine intensivere Kommentierung wäre hier, aber nicht nur hier, durchaus am Platz gewesen.

Die abgedruckten Aktenstücke umgreifen im wesentlichen eine Zeitspanne von knapp anderthalb Jahren, setzen im Juli 1934 an einer entscheidenden Zäsur, der Entmachtung der SA, ein und enden etwas abrupt im Dezember 1935. Sie registrieren die Wellenbewegungen nach den blutigen Aktionen gegen Röhm und seine engeren Gesinnungsgenossen, beobachten die allmähliche Erholung des Wirtschaftslebens und vermitteln ein insgesamt eindrucksvolles Bild von der stufenweisen Konsolidierung des Regimes auf provinzieller Ebene, in deren Verlauf die schlimmsten Auswüchse jenes Prozesses der »Mobilmachung der Gewalt« (Sauer) aus den Monaten der »nationalen Revolution« gekappt wurden und der unberechenbare, »individuelle« Terror von SA- und SS-Formationen in bürokratisierte, vermutlich auch für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit erträglichere Kanäle umgelenkt wurde. In Pommern fand dies seinen Ausdruck in einem umfänglichen Re- virement in den Hierarchien der Partei und den ihr angeschlossenen Gliederungen, der an prominentester Stelle der Gauleiter Karpenstein zum Opfer fiel, ferner in der Auflösung des »wilden«, von Angehörigen der SS auf dem Gelände der stillgelegten Vulkan- Werft in Stettin eingerichteten Schutzhaftlagers Bredow und der gerichtlichen Ahndung der dort an den willkürlich eingewiesenen Insassen verübten Exzesse. Denunziantentum, politische Drangsalierung und rassistische Diskriminierung blieben gleichwohl an der Tagesordnung, nun jedoch weniger eruptiv »von unten« aufbrechend als »von oben« manipu- liert und im Sinne akklamativer Legitimation planvoll genutzt. Überwachung und Verfolgung richteten sich nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch – wengleich in abgeschwächter Form – gegen konservative Mit- und Gegenspieler, namentlich in der protestantischen Kirche und im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), dessen Anspruch auf soziale Exklusivität in den Be- richten mehrfach scharf gerügt wird.

Pommern mit Walter Görnitz als einen »Hort reaktionärer Verschwörung«, als eine »deutsche Vendée« zu beschreiben (zit. Bd. 1, S. 73), wäre, wie die Herausgeber zu Recht relativieren, sicherlich verfehlt. Das Mißtrauen aber, mit dem die NSDAP vielen der profilierten Repräsentanten des grundsässigen Adels begegnete, verdient größte Beach- tung, und es wäre ohne Zweifel eine lohnende Aufgabe, dem Umfang und den konkreten Dimensionen des Machtverlustes nachzuspüren, den die traditionellen Eliten in Gesell- schaft, Wirtschaft und Verwaltung der Provinz hatten hinnehmen müssen. Die hier an- gezeigte Quellensammlung, der sich hoffentlich bald die angekündigten Folgebände hin- zugesellen, hätte ihren Zweck erfüllt, wenn sie Anstöße zu solchen und anderen weiter- führenden Untersuchungen liefern würde.

Jens Flemming

Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozial- politik (= Veröffentlichungen des Historischen Institutes der Universität Salzburg XIII), Geyer Edition, Wien/Salzburg 1975, IV, 200 S., kart., 36 DM.

Gerhard Botz, Assistent an der Universität Linz, hat in den letzten Jahren mehrere wis- senschaftliche Publikationen über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus ver- faßt. Die vorliegende Studie behandelt ein nicht unwesentliches Moment der grausamen Judenverfolgungen in Wien.

Die tristen Wohnverhältnisse der Mehrzahl der Wiener – Überbelegung kleiner Woh- nungen, Mangel an sanitären Einrichtungen, Untermietprobleme usw. – waren eine Folge des raschen Wachstums der Stadt am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Spekulation

und Profitsucht ließen tausende Mietkasernen entstehen, die, im Laufe der Jahre immer mehr vernachlässigt, zu Slums wurden.

Der soziale Wohnungsbau der ersten Republik zeigte zwar den möglichen Ausweg, aber die Zeit von ungefähr zehn Jahren war trotz großer Leistungen zu kurz. In den Jahren 1934–1938 wurde nur sehr wenig gebaut, und die Nationalsozialisten, die in ihrer grenzenlosen Demagogie auch eine rasche Lösung der Wohnungsnot versprochen hatten, sahen sich mit einer schwierigen Frage konfrontiert.

Die Verfolgung der Juden, Emigration, Verhaftungen, Verschickungen bis zur sogenannten Endlösung waren für die Machthaber ein willkommenes Mittel, zu »freien Wohnungen« zu kommen. G. Botz hat alle diesbezüglichen Akten des »Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs«, die Unterlagen im Magistrat der Stadt Wien, die vorhandenen Materialien einzelner maßgeblicher nationalsozialistischer Funktionäre wie Globocnik, Scharitzer, Tavs u. a. für diese Arbeit verwertet.

Es ist Botz gelungen, eine fast lückenlose Dokumentation der Wohnungsproblematik zu erstellen. Bis Dezember 1938 hatten schon 44 000 »Judenwohnungen« in Wien ihre Besitzer gewechselt. Im Jahre 1939 wurden »offiziell« vom Wohnungsamt der Stadt Wien ungefähr 8000 jüdische Wohnungen »arisiert«, während die »wildes Arisierung« auf fast 50 000 geschätzt werden. Obwohl eine verhältnismäßig große Zahl von Wiener Familien an der brutalen Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen sowie an der widerrechtlichen Inbesitznahme von Möbeln und Hausrat beteiligt war, konnte auch damit das Wohnungsproblem nicht gelöst werden.

Im Anhang finden wir viele erstmals veröffentlichte Dokumente, die außerordentlich interessant sind. An die Kanzlei des Führers ergingen 1939 mehr als 700 Gesuche von Wienern, die hofften, auf diesem Weg zu einer Wohnung zu kommen. Der Bedarf wird mit 150 000 Wohnungen geschätzt! Gauleiter Bürkel plante den Bau von 9000 Wohnungen – aber auch dazu kam es nicht. Bürkel schlug dem Führer daher schon im Juli 1939 die komplette Aussiedlung der Wiener Juden in »eine Barackenstadt« vor, »indem die entsprechenden Wohnungseinheiten durch Auszug der jüdischen Familien für die Volksgenossen in der Stadt frei werden«. Im Oktober 1939 legte die Hauptverwaltung Bauwesen der Stadtverwaltung einen Plan für die Errichtung eines jüdischen Barackenlagers bei Gänserndorf vor. Die Ausführung der Baracken wurde »möglichst einfach, doch solide« geplant, es wurde mit einer Benützungsdauer von »zehn Jahren« gerechnet. Für dreiköpfige Familien wurde mit 11 m<sup>2</sup>, für vierköpfige mit 15 m<sup>2</sup> und für sechsköpfige mit 19 m<sup>2</sup> Wohnfläche gerechnet. Die Grunderwerbs-, Erschließungs- und Baukosten wurden mit 599 RM pro Kopf präliminiert. Es ist jedoch nicht zur Ausführung dieses Aussiedlungsplanes gekommen, da man später errechnete, daß die »Endlösung« doch billiger sei. Am 3. 12. 1940 wurde Gauleiter Schirach von der Reichskanzlei mitgeteilt, »daß die in dem Reichsgau Wien noch wohnhaften 60 000 Juden beschleunigt, also noch während des Krieges, wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollen«.

Es ging den Nazis aber nicht nur um die Vernichtung der Juden, wie der Brief von Reichsleiter Bormann an Schirach vom 2. 11. 1941 zeigt. »Zunächst seien baldigst in Verbindung mit Reichsführer SS Himmler alle Juden abzuschicken, anschließend alle Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen, die eine einheitliche politische Ausrichtung und Meinungsbildung der Wiener Bevölkerung ungemein erschweren.«

Das Buch gehört zu den interessantesten Werken zu dieser Thematik, die in den letzten Jahren erschienen sind.

Herbert Steiner